

9. SEP. 1964

TAGESPOLITIK KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/171

Bonn, den 8. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|-------|---|--------|
| 1 - 2 | <u>Hilfe für Zonenrand-Gebiete dringend erforderlich</u> | 66 |
| | Jetzt hat Bonn das Wort | |
| 2 | <u>Deutliche Sprache</u> | 25 |
| | Italien und Österreich wollen Ruhe in Südtirol | |
| 3 - 4 | <u>Erhard steht vor schwierigen Aufgaben</u> | 64 |
| | Das Tief in den Beziehungen Bonn - Paris Von G. Markscheffel | |
| 4 | <u>Erfreuliches Echo</u> | 22 |
| | Bildungspolitische Diskussion gerät in Gang | |
| 5 - 6 | <u>Erdlich freie Gewerkschafter in Griechenland</u> | 84 |
| | Ein neues Gesetz regelt die Rechte der organisierten Arbeitnehmer Von Dr. Basil P. Mathiopoulos | |

Hilfe für Zonenrand-Gebiete dringend erforderlich

Jetzt hat Bonn das Wort

sp - Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner hat kürzlich in Hof an der Zonengrenze auf die Vernachlässigung der Zonenrandgebiete hingewiesen. Wehner sagte, man könne den Eindruck gewinnen, daß in manchen Randzonen die Gefahr einer Versteppung bestehe und forderte neue Initiativen und einen Sonderbeauftragten für die Zonenrandgebiete.

In der Tat gibt es seit Jahren alarmierende Hinweise für die Benachteiligung der Zonenrandgebiete durch die Bundesregierung. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Da ist einmal das ein Jahr alte Gutachten des Deutschen Landkreistages. Es verlangt, die Förderung des Zonenrandgebietes müsse von Grund auf neu organisiert werden. Diese Forderung wird mit alarmierenden Zahlen belegt. Während die Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet zwischen 1950 und 1961 um elf Prozent zunahm, ging sie in dem vierzig Kilometer breiten Streifen an der Demarkationslinie um fünf Prozent zurück.

- * Zwischen 1950 und 1961 sind mehr als 700 000 Personen
- * aus dem Streifen an der Zonengrenze abgewandert. Der
- * Industrieabsatz liegt nach der Berechnung des Landkreis-
- * tages am Zonenrand noch immer um 17 Prozent unter dem
- * Bundesdurchschnitt. Der Ertrag aus der Gewerbe- und Grund-
- * steuer blieb mit 23 Prozent hinter dem Bundesdurchschnitt
- * zurück.

Weitere Angaben über die bedrohte Wettbewerbsfähigkeit am Zonenrand wurden auf einer Tagung der Zonenrandkammern gemacht, die vor fast zwei Jahren in Lübeck stattfand. Damals wurde bekannt, daß vor allem aus den kleinstädtischen Gebieten im Zonenrand Zehntausende in Richtung Westen abwandern. Man schlug vor, neue Industrien anzusiedeln, um die Kräfte aufzufangen, die durch die Strukturereinigung in der Landwirtschaft freigesetzt werden. Konkrete Pläne in dieser Hinsicht wurden aber bisher von Bonn nicht vorgelegt.

Selbst Bundesverkehrsminister Seeborn wartete in Lübeck mit recht konstruktiven Vorschlägen auf. Ein leistungsfähiges Wegenetz für Schiene, Straße und Wasserweg - so sagte der Minister - müsse am Zonenrand geschaffen werden. Tatsächlich aber sind seitdem im Zonengrenzraum weitere Bahnhöfe stillgelegt worden; von einer gezielten Förderung des Straßenbaus ist nichts zu merken. Selbst das großartige Projekt des Nord-Süd-Kanals von der Unterelbe bis ins Salzgitter-Revier wurde nicht in Angriff genommen, obgleich die FDP es damals zum Gegenstand des Koalitionsvertrages machte und Hamburg erhebliche Gelder beisteuern will.

Der Vorschlag von Minister Seeborn, den Zonenrandraum an das Netz der Erdöl- und Ferngasleitungen anzuschließen, blieb nur ein Vorschlag. Die Folge ist, daß viele Städte und Ortschaften immer mehr zu "Schlafstädten" geworden sind, vor denen die Arbeitnehmer nach

Westen zum Arbeitsplatz suspendieren. Es läßt sich im einzelnen belegen, daß die Arbeitskräfte dann aber weiter westlich bleiben, wenn sie dort eine Wohnung gefunden haben.

Der SPD-Abgeordnete S ä n g e r hat den Vorstoß von Herbert Wehner ergänzt. Er verlangte Steuervergünstigungen, gute Zufahrtsstraßen, eine ausreichende Zahl von Autobussen für die Arbeitskräfte und direkte Kredite für den Aufbau neuer Arbeitsplätze am Zonenrand. Das Netz guter Schulen sollte durch Jugend- und Wanderheime, Turnhallen und Gemeinschaftsräume ergänzt werden.

Bei alledem geht es aber jetzt darum, durch p o l i t i s c h e Entscheidungen, die von Bonn ausgehen müssten, der Bevölkerung am Zonenrand spürbare Unterstützung zu geben. Bundespräsident Lübke hat kürzlich unüberschaubar demonstriert, daß der Zonengrenzraum der Fürsorge der g a n z e n Bundesrepublik bedarf, als er seine Besichtigungsreise an der norddeutschen Zonengrenze durchführte. Hoffentlich wird das nun alles konkretisiert, wenn Bundesminister Meißner Anfang Oktober den Raum zwischen Duderstadt und Fulda besichtigt. Ein zentrales Hilfestgesetz für den Zonenrand, in dem alle notwendiger Maßnahmen unter einem Sonderbeauftragten initiativ durchgeführt werden, ist dringend erforderlich. Der Bundestag hat das Wort.

Deutsche Sprache

Italien und Österreich wollen Ruhe in Südtirol

sp - Zwei sozialdemokratische Außenminister, Dr. Bruno Kreisky - Österreich und Giuseppe Saragat - Italien, haben gemeinsam die erneuten Terrorakte in Südtirol verurteilt. Diese Stellungnahme ist eine deutliche Absage an alle jene Elemente Italiens und Österreichs, deren hilfloser Nationalismus es verhindert, daß die Südtirolfrage in freundschaftlichen Einvernehmen zwischen Rom und Wien geregelt wird. Auf italienischer Seite wird man darauf achten müssen, daß gewisse neofaschistische Gruppen endlich aufhören, Südtirol als eine Art Kolonie zu betrachten, in der die "Eingeborenen" Staatsbürger zweiter Ordnung sind. Auf österreichischer Seite sollte es möglich sein, jene Heißsporne zur Reife zu bringen, die noch immer nicht begriffen haben, daß die Wahrung des Volkstums einer nationalen Minderheit mit Terroranschlägen nicht geeicht werden kann. Man wird aber auch überlegen müssen, ob es nicht möglich ist, gewisse Querverbindungen von Südtiroler Extremisten zu einigen ewig gestrigen Gruppen in Bayern zu unterbinden. Wir sind gewiß, daß der überwiegende Teil der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol nicht daran interessiert ist, ihr Heimatland zu einem Treffpunkt von Bombenlegern aller möglichen Schattierungen werden zu lassen. Die Verhandlungen zwischen Saragat und Kreisky zeigen, daß bei den Regierungen der in erster Linie an einer Lösung der Südtirolfrage interessierten Staaten der Wille besteht, eine vernünftige Regelung herbeizuführen.

Erhard steht vor schwierigen Aufgaben

Das Tief in den Beziehungen Bonn - Paris

Von G. Markscheffel

Bundeskanzler Erhard wird bei Wiederaufnahme seiner Amtsgeschäfte nach den Parlamentsferien sehr bald eine Reihe von Problemen lösen müssen, die in diesen Tagen auf der Tagesordnung der deutschen und internationalen Politik stehen. Abgesehen von der notwendigen und gewissenhaften Vorbereitung des Chruschtschow-Besuches und der Entscheidung in der Passierschein-Frage muß sich die Bundesregierung auch deutlich darüber aussprechen, wie sie über das Tief der deutsch-französischen Beziehungen hinwegzukommen gedenkt.

Bei der zuletzt genannten Aufgabe erhebt sich die Frage, auf wen Bundeskanzler Erhard sich in seiner Regierungskoalition stützen kann, wenn er sich anschickt, das Verhältnis zwischen Paris und Bonn zu ordnen. In den Regierungsparteien gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, was geschehen könnte, um das deutsch-französische Verhältnis so gut zu gestalten, wie es im Interesse Europas sein müßte. Die Sekundär-Gaullisten in der CDU/CSU meinen, allein Erhard sei daran schuld, daß zwischen Paris und Bonn nicht alles zum besten stehe. Wie stark diese Gruppe ist, weiß im Augenblick niemand genau; nicht einmal der Bundeskanzler.

Erhard muß aber mit einer Fronde rechnen, die ganz offensichtlich vergessen hat, in welchem Geist der Elysee-Vertrag fast einstimmig vom Bundestag seinerzeit verabschiedet wurde. Es ist kein Geheimnis, daß der CSU-Abgeordnete Baron zu Guttenberg von der Präambel des Vertrages (in der Präambel wurde festgelegt, daß durch den Elysee-Vertrag keine andere internationale Verpflichtung der Bundesrepublik gestört oder blockiert werden dürfe) heute nicht mehr viel hält, wenn er überhaupt jemals etwas davon gehalten hat. Zu Herrn zu Guttenberg gesellten sich in letzter Zeit nicht nur einige seiner Parteifreunde aus der CSU, sondern auch mehrere maßgebliche Persönlichkeiten aus der CDU. Mit diesen wird Erhard zunächst reden müssen, um zu wissen, ob sie heute noch zu der im Augenblick das Vertragsabschlusses zum Ausdruck gebrachter Haltung stehen.

Es ist ferner kein Geheimnis, daß Baron zu Guttenberg den Außenminister Schröder ablösen will und in dieser seiner Absicht von einem Personenkreis innerhalb der Regierungsparteien unterstützt wird, der seit jeher überzeugt ist, daß Bundeskanzler Erhard nicht in der Lage sei, die von seinem Vorgänger Adenauer eingeleitete enge Bindung zwischen Paris und Bonn aufrechtzuerhalten.

Für den Bundeskanzler selbst stellt sich das Problem ganz anders dar. Er und Außenminister Schröder, sowie - vorläufig noch - die Mehrheit des Kabinetts sind der Meinung, die Bundesrepublik könne ihre Position in der freien Welt und gegenüber den Staaten des kommunistischen Machtbereichs nur absichern, wenn Bonns Außenpolitik von dem Grundsatz der Atlantischen Partnerschaft ausgehe. Mit anderen Worten: Das deutsch-französische Freundschaftsverhältnis muß einerseits gefestigt werden, es darf andererseits aber nicht die

Freundschaft zu den USA und den übrigen Staaten der freien Welt, mit denen die Bundesrepublik verbündet ist, stören.

Theoretisch klingt das alles sehr einfach. Praktisch jedoch bedeutet es, daß Bundeskanzler Erhard einige Zusagen, die sein Vorgänger Adenauer dem Staatspräsidenten de Gaulle gegeben haben soll, nicht einhalten kann. Zu diesen Zusagen gehört u.a. die Stärkung der bilateralen Position Bonn-Paris im Verhältnis zu den übrigen EWG-Partnern sowie zu den Staaten der Freihandelszone (EFTA). Es ist längst bekannt, daß de Gaulles im Augenblick kühles Verhältnis zu Bonn seinen Ursprung in der Enttäuschung darüber hat, daß Erhard nicht bereit ist, Adenauers Zusagen gegenüber Paris in praktische Politik umzusetzen.

Bundeskanzler Erhard findet also nach seiner Rückkehr aus den Sommerferien eine Fülle ungelöster Probleme vor. Sie um so schwerer auf ihm lasten dürften, als er bestimmt nicht weiß, auf wen er sich bei dem Versuch ihrer Lösung verlassen kann.

+ + +

Erfreuliches Echo

Bildungspolitische Diskussion gerät in Gang

ap - Unser am Mittwoch vergangener Woche veröffentlichter Artikel "Erziehung entscheidet über unser Schicksal" hat ein erfreuliches Echo ausgelöst. Abgesehen von den vielen Ersuchen um Nachlieferung dieses Artikels haben sich sofort nach seinem Erscheinen namhafte Experten der Bildungspolitik bereit erklärt, an der öffentlichen von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgelösten Diskussion über Bildungsprobleme teilzunehmen.

Es ist anzunehmen, daß nunmehr in allen Parteien und Interessierten Kreisen sowohl auf die Länderregierungen wie auch auf die Bundesregierung eine heilsame Unruhe übertragen wird, die hoffentlich dazu führt, daß nunmehr den bildungspolitischen Problemen in der Bundesrepublik mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet wird.

Selbstverständlich ist damit zu rechnen, daß sich die seit Jahren von der CDU regierten Länder gegen den Vorwurf zur Wehr setzen werden, sie hätten nicht genügend getan, um das Bildungs- und Schulwesen zu modernisieren. Aber auch die Kritiken, die auf dem 80. Deutschen Katholikentag in Stuttgart geäußert wurden, dürften wesentlich dazu beitragen, die notwendige bildungspolitische Diskussion in aller Breite fortzuführen.

+ + +

Endlich freie Gewerkschaften in Griechenland

Ein neues Gesetz regelt die Rechte der organisierten Arbeitnehmer

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Vor wenigen Tagen hat das griechische Parlament ein Gesetz zur Demokratisierung der Gewerkschaften und Berufsvereinigungen verabschiedet. Das Gesetz regelt das Recht der Arbeitnehmerverbände und ist als Versuch der Regierung Papandreu zu werten, die griechische Gewerkschaftsbewegung zu einer freien Institution des Sozial- und Wirtschaftslebens nach westlichem Muster auszugestalten. Auch hierin zeigt sich - wie in den mannigfaltigen Reformwerken auf den Gebieten der Kultur- und Landwirtschaftspolitik und in der Verwaltung, über die an dieser Stelle bereits berichtet wurde - daß sich mit Papandreu eine Wende in der Nachkriegsgeschichte Griechenlands anzubahnen scheint.

* * *

Nur einige wenige der Bestimmungen des neuen Gesetzes sollen hier genannt werden, um seine Bedeutung darzustellen. Zu den bedeutendsten Vorschriften gehört das Gebot, daß sämtliche Arbeitnehmerorganisationen innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes ihre Statuten unter richterlicher Mitwirkung einer Revision zu unterziehen haben. Dabei haben sie der Forderung Rechnung zu tragen, daß nur noch solche Personen als Mitglieder geführt werden dürfen, die einmal nach Stand und Beruf in den Schutzbereich der jeweiligen Vereinigung fallen und zum anderen ihren Verpflichtungen gegenüber der Vereinigung in vollem Umfang nachkommen.

* * *

Entsprechend der tatsächlichen Mitgliederzahl ist auch das Stimmrecht der lokalen Vereinigungen in überregionalen Generalversammlungen und Verbandskongressen geregelt; während bisher die Zahl der Stimmen, die einer Vereinigung zustanden, bei zunehmender Mitgliederzahl nicht im gleichen Verhältnis wuchs, so daß etwa eine Vereinigung mit bis zu 100 Mitgliedern einen Vertreter, eine Vereinigung mit bis zu 1 000 Mitgliedern aber nur vier Vertreter in die Generalversammlung entsenden durfte, verfügt nach dem neuen Gesetz eine Vereinigung mit 100 Mitgliedern zwar nach wie vor über eine Stimme, eine Vereinigung mit dem zehnfachen Mitgliederbestand aber über zehn Stimmen.

Weiterhin verpflichtet das Gesetz alle Arbeitnehmerorganisationen, zu Beginn jeden Jahres die Zahl ihrer Mitglieder, Namen und Anschrift ihres Vorstandes, den verabschiedeten Haushaltsplan und die Abschrift des Statuts den Behörden vorzulegen. Nach der innerhalb von sechs Monaten vorzunehmenden Bereinigung der Satzung

und deren Verabschiedung ist der Vorstand nach demokratischen Wahlprinzipien neu zu wählen. Sollten nach diesem Zeitpunkt Generalversammlungen abgehalten werden, deren Beschlüsse den Vorschriften des neuen Gesetzes nicht entsprechen, dann sind diese für null und nichtig anzusehen. Die Mitwirkenden werden bestraft. Schließlich hat jedes Mitglied einer Arbeitnehmerorganisation das Recht, Beschlüsse der Generalversammlung durch das Gericht auf ihre Gesetz- und Satzungsmaßigkeit prüfen zu lassen.

* * *

Welche Bedeutung diesem Gesetzeswerk im Lichte einer Reform des griechischen Gewerkschaftswesens zukommt, zeigt u.a. die Stellungnahme von 13 überregionalen Arbeitervereinigungen und 6 Arbeiterbünden, die insgesamt 750 lokale Vereinigungen im Allgemeinen Gewerkschaftsbund vertreten. Sie bekannten sich zu folgenden Grundsätzen:

- * Die bisherige Führung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes habe trotz ihrer - der Verbände - Bemühungen Taktik und Methode nicht geändert und dadurch die griechische Gewerkschaftsbewegung in eine Sackgasse geführt.
- * Die Regierung versuche tatsächlich, Voraussetzungen für einen grundsätzlichen Wandel und für die Entwicklung demokratischer Formen zu schaffen. Das neue Gesetz könne als Anfang einer Demokratisierung der Gewerkschaften im Sinne einer Angleichung an westliche Muster angesehen werden.
- * Die Kommunisten nützten die politische Demokratie aus, um unter ihrem Deckmantel ihrem eigentlichen Sinn entgegenzuarbeiten.
- * Durch die allgemeine Wirrnis innerhalb der Gewerkschaften und aufgrund fehlender geeigneter Führung auf höchster Ebene könnten grundsätzliche Fragen der Arbeiterschaft nicht gelöst werden.

Diese Stellungnahme zeigt, wie positiv das neue Gesetz innerhalb der Arbeiterschaft gewertet wird. Darüberhinaus findet es volle Unterstützung bei den unabhängigen Arbeitervereinen der Zentrumsunion und anderen Organisationen. Von den insgesamt 71 überregionalen Berufsvereinigungen haben sich nur 26 und von den 41 lokalen Verbänden des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes nur 10 gegen das Gesetz ausgesprochen.

* * *

Die Regierung ist - so versicherte der Arbeitsminister - der Überzeugung, daß die getroffene Regelung der Entwicklung einer freien griechischen Gewerkschaftsbewegung als Grundlage dienen könne. Daß ihr darin beizupflichten ist, zeigt die heftige Reaktion der sich seit 1946 ununterbrochen im Amt befindenden Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsbundes, die in der vergangenen Jahren stets mit der tatkräftigen politischen und finanziellen Unterstützung des früheren, jetzt landesflüchtigen Ministerpräsidenten Karamanlis rechnen konnten.

* * *